

Bericht über den Menschenhandel in Österreich

Österreich gilt als Ziel- und Transitland für den Handel mit Frauen, Männern und Kindern zum Zweck der Zwangsarbeit und der sexuellen Ausbeutung. Der Großteil der identifizierten Opfer sind Mädchen und Frauen, die sexuell ausgebeutet werden. Die Opfer stammen hauptsächlich aus Osteuropa (Bosnien und Herzegowina, Serbien, Rumänien und Bulgarien), und zu einem geringeren Anteil aus China, Nigeria, dem Nahen Osten, Nordafrika, Südostasien und Südamerika. Zum Teil ködern Menschenhändler Frauen auch mit dem Angebot einer fiktiven Anstellung als Au Pair, Reinigungskraft, Kellnerin oder Tänzerin; dies geschieht auch über soziale Medien. Zwangsarbeit findet sich in erster Linie in der Landwirtschaft, im Baugewerbe, bei Cateringunternehmen, im Gastgewerbe und dem Reinigungssektor, sowie im Bereich häuslicher Dienstleistung in diplomatischen Haushalten. Die Behörden machen Menschenhandelsopfer auch innerhalb der ständig anwachsenden Gruppe von unbegleiteten minderjährigen Asylwerbern aus, einschließlich Kindern aus Syrien, Afghanistan und Nordafrika. Diese werden in vielen Fällen zum Betteln gezwungen. Auch körperlich und geistig beeinträchtigte Personen aus Osteuropa, sowie Roma-Kinder werden oft zum Betteln gezwungen.

Die österreichische Regierung erfüllt vollständig die Mindeststandards für die Eliminierung des Menschenhandels. Im Vergleich zu 2013 hat die Regierung die Anzahl der Verurteilungen in diesem Bereich mehr als verdoppelt, und eine größere Zahl an Menschenhandelsfällen strafrechtlich verfolgt. Auch hat die Regierung in Zusammenarbeit mit NGOs und durch erhöhte finanzielle Unterstützung für Hilfsorganisationen Opfer identifiziert und weiterverwiesen. Ein Beratungszentrum für

undokumentiert Arbeitende, das im Mai 2014 eröffnet wurde, hat zwei Menschenhandelsopfer identifiziert, und ein Zentrum für männliche Opfer bietet seit März 2015 Unterkunft an. Die Regierung setzt sich weiterhin für die Erkennung und Vermeidung der Ausbeutung von Personen in Diplomatenhaushalten ein. Auch unterstützte die Regierung eine Kampagne, mit der Kunden von Prostituierten was Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung betrifft sensibilisiert werden sollen, sowie ein Programm zur Vermeidung von Sextourismus mit Kindesmissbrauch.

Empfehlungen an Österreich

Die Verhängung von Urteilen über für schuldig befundene Menschenhändler proportional zur Schwere des Verbrechens; die Sensibilisierung von Richtern hinsichtlich der Herausforderungen, mit denen Menschenhandelsopfer konfrontiert sind, wenn sie gegen ihre Ausbeuter aussagen; vermehrtes Engagement bei der Identifizierung von Opfern unter irregulären Migrantinnen, Asylwerbern und Prostituierten; Überprüfung und Überarbeitung von Verfahren zur Ermöglichung der Ausstellung von Aufenthaltsgenehmigungen an Opfer, die sich bereiterklären, auszusagen, und dies vor allem für EU Bürger, die nicht die Kriterien für eine Aufenthaltsgenehmigung erfüllen; fortgesetzte Bemühungen zur Identifizierung von Menschenhandelsopfern unter Kinderprostituierten und bei der Zwangsprostitution, sowie von Männern, die in für Ausbeutung anfälligen Bereichen tätig sind; und schließlich die Durchführung von Risikoanalysen zur Sicherstellung, dass repatriierte Menschenhandelsopfer nicht in Staaten zurückgebracht werden, in denen sie mit Vergeltungsmaßnahmen und Notlagen konfrontiert sind.

Strafverfolgung

Die österreichische Regierung hielt rigorose Strafverfolgungsbemühungen aufrecht. Sie verbietet sowohl Menschenhandel mit dem Ziel sexueller Ausbeutung, als auch Menschenhandel zu Ausbeutung der Arbeitskraft laut Paragraph 104(a) des österreichischen Strafgesetzes, welches Strafen von bis zu 10 Jahren Haft vorsieht. Nach Paragraph 104 stellt „Sklaverei“ ein kriminelles Vergehen dar, für das Gefängnisstrafen von 10 bis 20 Jahren vorgesehen sind. Auch wurden mutmaßliche Menschenhändler nach Paragraph 217 strafrechtlich verfolgt. Paragraph 217 untersagt den grenzüberschreitenden Prostitutionshandel, sowie den Gebrauch von Betrug, Drohungen oder Gewalt im Zusammenhang mit grenzüberschreitendem Prostitutionshandel. Das in Paragraph 217 vorgesehene Strafmaß reicht von sechs Monaten bis zu 10 Jahren Haft, und ist ausreichend streng und entspricht dem für andere schwere Verbrechen, wie beispielsweise Vergewaltigung.

Die Regierung ermittelte 2014 gegen 147 des Menschenhandels verdächtige Personen (75 nach Paragraph 217, 69 nach Paragraph 104(a), und drei nach Paragraph 104). Im Vergleichszeitraum 2013 lag die Gesamtzahl der Ermittlungen in diesem Bereich bei 192. Auch wurden 2014 insgesamt 57 des Menschenhandels angeklagte Personen strafrechtlich verfolgt (29 nach Paragraph 217, 28 nach Paragraph 104(a), und keiner nach Paragraph 104) – im Vergleichszeitraum 2013 waren es noch 40 Angeklagte (29 nach Paragraph 217, 11 nach Paragraph 104(a), und keiner nach Paragraph 104). An österreichischen Gerichten wurden 2014 insgesamt 49 Menschenhändler verurteilt (26 nach Paragraph 217, 23 nach Paragraph 104(a), und keiner nach Paragraph 104) – eine signifikante Erhöhung im Vergleich zu 2013 mit 20 Verurteilungen (18 nach Paragraph 217, zwei nach Paragraph 104(a), und keine nach Paragraph 104). Das Strafmaß lag 2013, dem letzten Jahr für das derzeit entsprechende Daten vorliegen, zwischen zwei

Monaten und mehr als fünf Jahren; allerdings wurden manche der Verurteilungen teilweise oder gänzlich auf Bewährung ausgesetzt. Für die österreichischen Kriminalbehörden waren 2014 Ermittlungen im Bereich Zwangsbettelei eine Priorität; dies führte zu Verurteilungen von dieses Verbrechens angeklagten Menschenhändlern. Die Regierung ging verstärkt gegen Menschenhandelsfälle durch in Österreich stationierte Diplomaten vor. Im Fall eines ausländischen Diplomaten, welcher der Ausbeutung eines Hausangestellten beschuldigt wurde, konnte eine Einigung erzielt werden; das Verfahren in einem ähnlich gelagerten Fall war am Ende des Berichtszeitraums noch anhängig. Die Regierung berichtete auch, dass Angestellte in Diplomatenhaushalten vermehrt um Touristenvisa ansuchten, um so der Kontrolle durch die Behörden zu entgehen. Exekutive, Militär, Arbeitsinspektorat und Gerichtspersonal erhielten Trainings zur Opferidentifizierung und Verfolgung von Menschenhandel. Es gab von Seiten der Regierung keine Berichte über Ermittlungen, Strafverfolgung oder Verurteilungen von Regierungsbeamten im Zusammenhang mit Menschenhandel.

Opferschutz

Die Regierung hielt starke Schutzbemühungen aufrecht. Polizei, NGOs und andere staatliche Institutionen identifizierten und unterstützten 256 weibliche und 12 männliche Opfer im Jahr 2014 - im Vergleich zu 242 Opfern im Jahr 2013. Die Regierung finanzierte eine spezialisierte NGO mit € 838.740, die Opfer von Menschenhandel unterstützt und beherbergt – dies entspricht einer Erhöhung gegenüber € 542.919 im Jahr 2013. Die Regierung subventionierte darüber hinaus auch eine Beratungsstelle für männliche Opfer von Menschenhandel, sowie ein im Mai 2014 eröffnetes Beratungszentrum für undokumentiert Arbeitende mit € 180.000. Zuwendungen von Seiten der Regierung machten den

Großteil der Finanzierung dieser Organisationen aus. Das Zentrum für männliche Opfer bietet Betroffenen seit März 2015 sichere Unterkunft, während das Zentrum für undokumentiert Arbeitende vergangenes Jahr zwei Opfer von Menschenhandel identifizierte und weiterleitete. Opfer von Menschenhandel erhielten Notunterkünfte, medizinische Versorgung, psychologische Betreuung, sowie Rechtshilfe. NGO-Mitarbeiter halfen Opfern bei Vorbereitungen für Gerichtsverfahren und unterstützten ausländische Opfer bei der Rückkehr in ihre Herkunftsländer. Beobachter berichteten, dass die Regierung Rückführungs-Beurteilungen nicht ordnungsgemäß durchführte und nigerianische Opfer in unsichere Bedingungen zurückschickte. Ein Zentrum für Minderjährige ohne Begleitung unterstützt Kinder, die Opfer von Menschenhandel geworden sind und bietet dabei eine spezialisierte psychologische Betreuung an.

Die Regierung gewährte im Jahr 2014 fünf ausländischen Opfern eine befristete Aufenthaltserlaubnis, was ihnen uneingeschränkten Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt erlaubt. Allerdings konnten nur jene Opfer aus EU-Ländern legal im Land bleiben, die ein Mindesteinkommen vorweisen konnten. Berichten zufolge war dies eine Herausforderung für die meisten EU-Opfer; viele von ihnen mussten das Land verlassen, obwohl sie es vorgezogen hätten in Österreich zu bleiben. Die Polizei hatte spezielle Checklisten um Opfer von Menschenhandel zu identifizieren und screenete Frauen in Prostitution proaktiv anhand dieser Indikatoren. NGOs berichteten, dass die Identifikation durch die Polizei im Allgemeinen wirksam war, jedoch das Personal in Gesundheitseinrichtungen unzureichend ausgestattet war, um Opfer unter den Prostituierten zu identifizieren. Asylbehörden verfügten ebenso über Identifikationschecklisten, wobei sie nach Aussage von Experten über wenig Wissen über den Menschenhandel verfügten und illegale Einwanderer vor ihrer Deportation nicht regelmäßig auf Menschenhandel screeneten. Opfern wurde eine 30-tägige Bedenkzeit zugestanden, innerhalb

derer sie um Hilfe ansuchen und entscheiden konnten, ob sie in die Strafverfolgung der Menschenhändler involviert sein wollten. Laut Justizministerium beteiligten sich im Jahr 2014 157 Opfer an derartigen Strafverfahren. Opfer konnten per Videoschaltung und unter Anonymität aussagen. Dennoch entschied sich die Mehrheit der Opfer aus Angst vor Vergeltungsmaßnahmen von Menschenhändlern gegen eine Zusammenarbeit mit den Behörden. Experten vermerkten, dass österreichische Richter verstärktes Sensibilisierungstraining im Umgang mit von Menschenhandel betroffenen Personen als Zeugen erhalten sollten. Opfer konnten zivile Schadenersatzklagen gegen Menschenhändler einreichen, jedoch ist ungeklärt ob es 2014 tatsächlich Verfahren gab in denen Opfern Schadenersatz zugesprochen wurde. Es existieren keine bekannten Fälle, in denen Opfer von Menschenhandel aufgrund rechtswidriger Handlungen, die in direktem Bezug zu ihrer Opferschaft standen, verurteilt worden wären.

Prävention

Die Regierung unternahm starke Bemühungen zur Verhinderung von Menschenhandel. Ein nationaler Koordinator zur Bekämpfung des Menschenhandels leitete eine Arbeitsgruppe, welche die Regierungsmaßnahmen zur Bekämpfung des Menschenhandels koordinierte und darin auch NGOs miteinbezog. Die Regierung veröffentlichte zudem einen Bericht über die Umsetzung ihres Aktionsplans 2012-2014 auf ihrer Website. Jene Arbeitsgruppe der Taskforce, die sich mit der Ausbeutung von Arbeitskräften auseinandersetzte, entwickelte Richtlinien für Arbeitsinspektoren zur Identifizierung von Opfern und stärkte das Bewusstsein für das Thema bei Unternehmen und Gewerkschaften. Die Regierung subventionierte mehrere Publikationen und Fernsehprogramme über Menschenhandel und finanzierte Kampagnen, um Prostituierte und ihre Kunden hinsichtlich der Rechte von

Prostituierten zu informieren. Die Regierung setzte auch Ausstellungen in Schulen fort um österreichische Jugendliche für das Thema Menschenhandel zu sensibilisieren. Die Ausstellungen wurden durch ein Handbuch für Lehrer ergänzt, das Informationen über die Identifizierung von Opfern enthielt. Das Innenministerium betrieb weiterhin eine 24-Stunden-Hotline, sowie eine E-Mail-Beratungsstelle. Die Taskforce verteilte zudem Flugblätter über den Kinderhandel an die Behörden und das Militär. Die Regierung setzte ihre Kooperation mit Deutschland und der Schweiz im Hinblick auf die "Nicht wegsehen!" Kampagne fort, im Zuge derer Anzeigen gegen Kindersextourismus in öffentlichen Verkehrsmitteln platziert wurden. Die Regierung legte einen neuen "Globalen Ethikkodex für Tourismus" zur Bekämpfung von Sextourismus mit Kindesmissbrauch bei Reiseveranstaltern, in Hotels und Restaurants auf. Das Außenministerium hielt eine Veranstaltung für Mitarbeiter in Diplomatenhaushalten ab, die zur Identifizierung eines Opfers von Menschenhandel führte. Die Regierung setzte keine Maßnahmen um die Nachfrage nach kommerziellen sexuellen Handlungen zu reduzieren, führte jedoch Bewusstseinskampagnen zur Sensibilisierung von Freiern betreffend Menschenhandel durch. Österreichische Soldaten erhielten vor ihrem Auslandseinsatz in Friedensmissionen staatlich-finanzierte Trainings zur Bekämpfung des Menschenhandels, die von einer Nichtregierungsorganisation durchgeführt wurden. Die Regierung hielt darüber hinaus Trainings ab und erließ Richtlinien gegen den Menschenhandel für sein diplomatisches Personal.

###